

7

85

# Union in Deutschland

Mit Sonderbeilage  
NRW

Bonn, den 28. Februar 1985

***Aufschwung – auch für NRW: Den schafft nur die CDU! Unser Wahlkampf beginnt jetzt. Einzelheiten zum Wahlkampfmaterial finden Sie im Innenteil dieser UiD-Ausgabe.***



**Auf-  
schwung  
für *NRW***

**CDU**



## ■ BUNDESVORSTAND

# Die Politik der GRÜNEN hat für die zentralen Zukunftsaufgaben keine sinnvollen Lösungsansätze

**Der Bundesvorstand der CDU hat auf seiner Sitzung am Mittwoch, 20. Februar 1985, in Saarbrücken die folgende Erklärung zu den Zielen und Folgen grüner Politik beschlossen:**

1. Die GRÜNEN sind ein politischer Faktor im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind als demokratisch gewählte Partei in zahlreichen Parlamenten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene vertreten. Dies macht eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung über die politischen Ziele der GRÜNEN erforderlich. Sie wird dadurch erschwert, weil die GRÜNEN sich eher als politische Bewegung und weniger als politische Partei verstehen. Ihre politischen Konturen sind unscharf und ihre politischen Aussagen widersprüchlich. Wir übersehen nicht, daß zu den Mitgliedern und Wählern der GRÜNEN zahlreiche Bürger zu zählen sind, die sich aus achtbaren Motiven für Umwelt und Naturschutz engagieren. Grundlage für die Beurteilung der GRÜNEN sind, wie bei allen übrigen Parteien auch, ihre Beschlüsse und Programme sowie die Stellungnahmen ihrer Amts- und Mandatsträger. Es kommt in der Politik nicht allein auf gute Absichten, sondern auf das tatsächliche Handeln und auf die Konsequenzen dieses Handelns in der Wirklichkeit an.

2. Die CDU lehnt Koalitionen und vergleichbare politische Abkommen mit den GRÜNEN ab. Wenn GRÜNE in Parlamen-

ten ebenso stimmen wollen wie die CDU, kann sie niemand daran hindern. Insbesondere auf kommunaler Ebene ist es nicht auszuschließen, daß die CDU und die GRÜNEN in einzelnen Sachfragen vergleichbare Lösungsvorschläge erarbeiten, deren Durchsetzung sinnvoll ist. Die Union wird sich aber niemals um der Macht willen auf Absprachen oder gar Koalitionen mit einer politischen Kraft einlassen, an deren rechtsstaatlicher Zuverlässigkeit und demokratischer Glaubwürdigkeit begründete Zweifel bestehen.

3. Die GRÜNEN haben sich von einer Umweltschutzpartei zu einer öko-sozialistischen Radikalopposition entwickelt, für die der Umweltschutz lediglich ein Vorwand zur Systemveränderung ist. Die GRÜNEN haben in den letzten Jahren Antipositionen zu allen politischen Grundentscheidungen entwickelt, die die Bundesrepublik Deutschland zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat und einem verlässlichen Bündnispartner des freien Westens gemacht haben. Der demokratische Grundkonsens und zentrale Prinzipien der Verfassung werden von ihnen in Frage gestellt:

— Die Politik der GRÜNEN hat für die zentralen Zukunftsaufgaben keine sinnvollen Lösungsansätze. Mit den Sorgen und Nöten — nicht zuletzt vieler junger Bürger — treiben die GRÜNEN Schindluder. Das Verbreiten unterschiedlichster Untergangsvisionen ist unverantwortlich. Eine



Ideologisierung, Dogmatisierung und emotionale Aufladung der Politik bedeuten das Ende demokratischer Auseinandersetzung und Willensbildung und sind mit Toleranz und Mitmenschlichkeit nicht vereinbar. Die GRÜNEN erheben den Anspruch, im Besitz der absoluten politischen Wahrheit zu sein, weshalb sie Kompromisse und Koalitionen ablehnen. Sie sind daher zur Übernahme politischer Verantwortung nicht fähig und bereit. Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlungen der GRÜNEN bezeugen, daß die GRÜNEN Grundsätze des Rechtsstaates verachten und daß sie Nötigung, das heißt Gewalt, zur Durchsetzung ihrer Ziele auszuüben bereit sind. Sie verfahren nach dem Grundsatz: Was Gewalt ist, bestimmen wir. Die GRÜNEN sind bereit, durch Zwang und Rechtsbruch die Freiheit anderer einzuschränken. Eine Folge ihrer unklaren Haltung zur Gewalt ist, daß sie sich nicht eindeutig gegenüber den Sympathisanten von Terroristen abgrenzen. Einzelne Vertreter der GRÜNEN äußern sogar Verständnis für die Taten von Terroristen.

— Die GRÜNEN stellen teilweise das Mehrheitsprinzip als demokratisches Entscheidungsverfahren in Frage und praktizieren, entgegen den Vorschriften des Grundgesetzes und der Länderverfassungen, das imperative Mandat. Aus freien Volksvertretern werden bei den GRÜNEN Befehlsempfänger, die ausschließlich vom Willen der Parteiaktivisten abhängig sind. Der Abgeordnete kann sein Mandat nicht mehr frei und dem Wähler gegenüber verantwortlich ausüben: Er wird in der Mitte der Legislaturperiode ausgewechselt und soll dies auch noch als seine freie Entscheidung ausgeben.

4. Die CDU setzt die GRÜNEN nicht pauschal gleich mit antidemokratischen Kräften der Weimarer Republik. Sie weist aber darauf hin, daß die Massenrituale und die

Methoden der politischen Auseinandersetzung der GRÜNEN Parallelen zu antidemokratischen Parteien und Bewegungen aufweisen. Dies gilt auch für ihre Bereitschaft, politische Errungenschaften wie die parlamentarisch-repräsentative Demokratie und den Rechts- und Verfassungsstaat in Teilen preiszugeben. Ihre agitatorische Sprache, ihre politische Unduldsamkeit und ihr Sendungsbewußtsein müssen den Widerspruch jedes Demokraten herausfordern. Durch ihren politischen Stil und ihre politischen Ziele grenzen sich die GRÜNEN selbst ganz bewußt von den bewährten demokratischen Parteien ab. Die CDU fordert die GRÜNEN auf, sich eindeutig zum demokratischen Verfassungsstaat und zum Gewaltverbot zu bekennen.

5. Die GRÜNEN streben eine grundlegende Veränderung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an, die den bisher erreichten Wohlstand, Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit gefährden würde.

— Die GRÜNEN wollen die Soziale Marktwirtschaft abschaffen. Sie befürworten die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Zerschlagung der Großbetriebe, die Binnenorientierung der Wirtschaft, die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten zur Lenkung der Wirtschaft. Sie träumen von einer Rückkehr zu den geschlossenen Hauswirtschaften des Mittelalters. Wirtschaftswachstum und die internationale Arbeitsteilung unserer Wirtschaft lehnen sie ab. Gleichzeitig verlangen sie aber ein arbeitsunabhängiges Mindesteinkommen für alle sowie Sozialprogramme, die unbezahlbar sind.

— Die GRÜNEN geben vor, die einzige Partei zu sein, die über Gefährdungen unserer Umwelt besorgt ist. Sie reden zwar viel von Umweltschutz, wenn es aber darum geht, konkrete Umweltschutzprobleme zu lösen, haben sie oft nicht mehr zu bieten als unsinnige Maximalforderungen:



die Abschaffung des Autoverkehrs, die Stilllegung von ganzen Chemiebranchen oder das Abschalten aller Kohle- und Atomkraftwerke. Die GRÜNEN wollen die ökologischen Probleme dadurch lösen, daß sie durch Verbote und unerfüllbare Auflagen ganze Wirtschaftsbereiche lahmlegen. Sie lehnen die Entwicklung und Anwendung moderner Techniken ab, obwohl wir die Probleme im Umweltschutz nur mit der Technik, aber nicht gegen sie lösen können.

6. Die GRÜNEN lehnen die bewährte Friedens- und Sicherheitspolitik der freiheitlichen Demokratien ab. Sie wollen aus der NATO austreten, die unseren Frieden in Freiheit sichert; statt dessen empfehlen sie einen neutralistischen Kurs zwischen den Blöcken. Sie verharmlosen die Menschenrechtsverletzungen und das Expansionsstreben der sowjetischen Diktatur und schüren gleichzeitig einen irrationalen Antiamerikanismus. Sie befürworten einseitige Abrüstungsschritte der NATO. Die Verwirklichung dieser Forderungen hätte die Unterwerfung der Bundesrepublik

Deutschland unter die Machtinteressen der Sowjetunion zur Folge. Wer, wie die GRÜNEN, den Abzug der alliierten NATO-Streitkräfte aus Berlin fordert, will den Schutz für die Sicherheit und Freiheit Berlins beseitigen.

7. Die GRÜNEN haben die politische Führung in der Opposition übernommen; die SPD ist im Schlepptau der GRÜNEN und orientiert sich mehr und mehr an deren politischen Vorgaben. Der linke Flügel innerhalb der SPD unter Führung von Eppler, Lafontaine und Schröder — geduldet von Brandt und Vogel — strebt eine Mehrheit links von der Union an. Die SPD will über ein rot-grünes Bündnis wieder an die Macht kommen oder in einzelnen Bundesländern an der Macht bleiben. Es ist das Ziel des linken Flügels, aus der SPD eine öko-sozialistische Partei zu machen. Sozialdemokraten, die eine eindeutige Abgrenzung gegenüber den GRÜNEN befürworten, stellen eine einflußlose Minderheit innerhalb der SPD dar. Das Beispiel Börner zeigt, daß Sozialdemokraten bereit sind, ohne Rücksicht auf ihre Selbstachtung Interessen der Arbeitnehmer aufzugeben, um mit Hilfe der GRÜNEN an der Macht zu bleiben. Deshalb sind auch die Aussagen von Rau und Apel vor Wahlen zu rot-grünen Bündnissen politisch wertlos.

Die SPD versucht mit allen Mitteln, der Bündnisfrage zwischen SPD und GRÜNEN aus dem Weg zu gehen. Die CDU fordert die SPD auf, in der Frage einer Koalition mit den GRÜNEN eindeutig Farbe zu bekennen, weil damit eine grundlegende Weichenstellung für die politische Zukunft der Bundesrepublik Deutschland verbunden ist. Die Wähler müssen wissen, ob sie mit ihrer Stimme für die SPD gleichzeitig eine Stimme für ein rot-grünes Bündnis abgeben oder nicht. ■

## Wichtiger Hinweis

Zum Thema „Die GRÜNEN“ hat die Bundesgeschäftsstelle eine Broschüre mit dem Titel — „Die GRÜNEN“ — Eine Analyse der öko-marxistischen Radikalopposition — veröffentlicht. Sie ist auch als CDU-extra im UfD 28/84 erschienen.

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme:

14,50 DM

Bestell-Nummer: 5604

beim IS-Versandzentrum

4804 Versmold

Postfach 1328

Telex 941713 ditor d



## ■ ARGUMENTE

# Geißler-Brief gegen Verunsicherungskampagne der SPD

**Aus Anlaß der bevorstehenden Landtagswahlen in Berlin, im Saarland und in Nordrhein-Westfalen sowie der Kommunalwahlen in Hessen wendet sich CDU-Generalsekretär Heiner Geißler in einem Brief an die Mandats- und Funktionsträger der Partei gegen die Sozialdemagogie der SPD, mit der Rentner, Frauen und Familien verunsichert werden sollen. Der Brief hat folgenden Wortlaut:**

Liebe Parteifreunde,  
 der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen hat begonnen. Für die Landtagswahlen im Saarland und in Berlin und für die Kommunalwahlen in Hessen befinden wir uns im Endspurt.

Wie schon früher, will die SPD mit sozialdemagogischen Unwahrheiten vor allem Rentner, Familien und Frauen verunsichern. Deshalb möchte ich Sie noch einmal über wichtige Argumente informieren.

### I. Rente:

1981 Rentensteigerung 4% — Preissteigerung 5,9%  
 = Minus an realer Kaufkraft von 1,9%  
 1984 Rentensteigerung 2,9% — Preissteigerung 2,4%  
 = Plus an realer Kaufkraft von 0,5%

Für die langfristige Sicherung der Renten hat die Bundesregierung folgende Maßnahmen beschlossen:

— Erhöhung des Beitragssatzes auf 19,2%

- Erhöhung des Bundeszuschusses um 1,5 Mrd. Mark
- einen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner von insgesamt 5,9%.

Damit sind die Renten langfristig gesichert.

Der Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte Hoffmann am 21. Februar 1985 im Zweiten Deutschen Fernsehen: „Selbst bei Annahme sehr vorsichtiger wirtschaftlicher Eckwerte müssen wir feststellen — und das haben mehrere Alternativberechnungen ergeben —, daß nicht nur das Jahr 1985 dadurch abgedeckt wird, sondern auch der mittelfristige Zeitraum. Und damit meine ich die Jahre bis 1989“.

### II. Familie:

Die Bundesregierung hat ein 10-Milliarden-Familienpaket beschlossen:

1. **Erziehungsgeld** in Höhe von 600 Mark je Monat für Mütter und Väter, ab 1. Januar 1986 für 10 Monate und ab 1. Januar 1988 für 1 Jahr.
2. **Kinderfreibetrag** in Höhe von 2484 DM je Kind ab 1. Januar 1986. Dies bedeutet ab der Steuerproportionalzone eine Erhöhung des Familienlastenausgleichs pro Kind von mindestens 46 Mark monatlich. Die Ausbildungsfreibeträge werden von 2100 DM auf 3000 DM erhöht.
3. **Kindergeldzuschlag** von 46 Mark für alle Familien mit einem niedrigen Einkommen, bei denen sich der Steuerfreibetrag nicht oder nicht voll auswirkt. Kindergeldzuschlag ab 1. Januar nächsten Jahres.
4. **Kindergeld für junge Arbeitslose** bis



zum 21. Lebensjahr ab 1. Januar 1985. Dies gilt auch für alle, die keinen Ausbildungsplatz haben.

**5. Stiftung Mutter und Kind — Schutz des ungeborenen Lebens:** Mit 50 Millionen Mark jährlich hilft die Stiftung jungen Frauen, die ein Kind bekommen, wenn sie sich in einer Notlage befinden.

**6. Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung:** Ab 1. Januar 1986 erhalten alle Frauen ab Jahrgang 1921 pro Kind 1 Jahr in der Rentenversicherung angerechnet. Jedes Erziehungsjahr wirkt rentenbegründend und rentensteigernd. Die spätere Rente erhöht sich pro Kind und jährlich mindestens um 300 Mark. Die Wartezeit in der Rentenversicherung wurde von 15 auf 5 Jahre verkürzt. Dadurch können Millionen junger Frauen mit einem eigenen Rentenanspruch in die Ehe gehen.

**7. Alleinerziehende** können ab 1. Januar 1985 für das erste Kind bis in Höhe von 4000 Mark und für jedes weitere Kind in Höhe von 2000 Mark außergewöhnliche Belastungen geltend machen. Dies gilt auch für Ehepaare, wenn ein Ehepartner hilfsbedürftig ist.

**8. Das Baukindergeld** wird ab 1. Januar 1987 für jedes im Haushalt des Steuerpflichtigen lebende Kind gewährt.

**9. Schülerförderung** gilt beim Bafög in der Zukunft auch wieder für den Ferienmonat August.

Es gibt keine neue Armut. Es gibt allerdings eine alte Armut, die darin bestand, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nicht deswegen Not leiden, weil sie Arbeitnehmer sind, sondern dann in eine soziale Notlage geraten, wenn sie z. B. Arbeitnehmer sind und Kinder haben. Diese Armut, die uns die SPD hinterlassen hat, wird durch diese Familienpolitik beseitigt.

**Merke:** Deswegen ist das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe zwar für Alleinstehende gekürzt worden, nicht dagegen für Arbeitslose mit Kindern.

### **III. Die solide Haushaltspolitik der Bundesregierung und der wirtschaftliche Aufschwung haben bewirkt, daß Sozialleistungen verbessert werden:**

■ Ältere Arbeitslose ab dem 50. Lebensjahr können künftig bis 18 Monate statt wie bisher 12 Monate Arbeitslosengeld erhalten.

■ Bei der Freifahrtregelung für Schwerbehinderte werden die Gehörlosen in den Kreis der Begünstigten miteinbezogen. Für die Eigenleistung von 120,— DM pro Jahr für die Schwerbehinderten-Freifahrt ist eine Ratenzahlung möglich. Die Bundesbahnbenutzung im Nahbereich wird wieder in die Nahverkehrsbegünstigung miteinbezogen.

■ Bei der landwirtschaftlichen Altershilfe wird der Bundeszuschuß von 75 auf 79 Prozent erhöht.

### **IV. Die größte Sozialdemontage fand unter der Verantwortung der SPD statt:**

1. Die Sozialdemokraten hatten den Bund mit über 300 Milliarden Mark verschuldet. Heute muß der Lohnsteuerzahler deswegen allein ca. 80 Millionen DM an Zinsen täglich an diejenigen bezahlen, bei denen sich die Sozialdemokraten verschuldet haben, z. B. bei den Ölscheichs und den Großbanken.

2. Die Inflationsrate wurde durch unsere Politik von 5,3 auf 2,3% gedrückt.

3. Von 1975 bis 1982 hatten die Sozialdemokraten die Sozialleistungen um über 94 Milliarden Mark gekürzt. Die Sozialabgaben der Arbeitnehmer stiegen gleichzeitig um 38 Milliarden Mark.

### **V. Seit 1983 wächst unsere Wirtschaft wieder:**

1. Aus den roten Zahlen der Wirtschafts-



Jahre der Sozialdemokraten wurden schwarze Zahlen. Wirtschaftliches „Wachstum“

- 1981 —0,3%
- 1982 —1,1%
- 1983 +1,3%
- 1984 +2,6%
- 1985 +3% mindestens.

2. Die Arbeitslosigkeit über 2 Millionen ist nicht das Ergebnis von 2 Jahren Regierung Helmut Kohl. 1969 betrug die Arbeitslosenzahl 180 000. Bei der Regierungsübernahme nach 13 Jahren betrug die Arbeitslosenzahl 1982 1,8 Millionen. Im Gegenteil, der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Roth, prophezeite uns eine Arbeitslosenzahl von 3,5 Millionen wie in England.

Wir sind in der Frage der Arbeitslosigkeit noch nicht über den Berg, aber die Voraussetzungen sind geschaffen, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit möglich ist. Erste Erfolge zeichnen sich ab:

■ Die Zahl der Kurzarbeiter ging binnen Jahresfrist um rund 18 Prozent zurück.

■ Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen liegt um fast 12 Prozent unter dem Vorjahreswert.

■ 1984 gab es wieder — wie schon 1983 — einen Lehrstellenrekord. Mit 730 000 Lehrstellen fanden 98% aller ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen einen Ausbildungsplatz.

■ Die Zahl der offenen Stellen hat sich im Januar gegenüber Dezember 1984 um 10 Prozent erhöht.

Liebe Freunde,  
ich möchte Sie herzlich bitten, gegen die Sozialdemagogien der SPD mit diesen Informationen und Argumenten offensiv anzugehen und unsere wirtschafts- und familienpolitischen Pluspunkte deutlich herauszustellen.

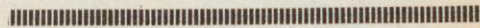
Mit freundlichen Grüßen

Heiner Geißler

## Bundesbank bestätigt wirtschaftlichen Aufschwung

**Zum jüngsten Monatsbericht der Deutschen Bundesbank erklärt der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Reinhold Kreile:**

Der jüngste Monatsbericht der Deutschen Bundesbank bestätigt die Koalition in ihrer realistischen Einschätzung der Konjunkturlage, die zu Optimismus allen Anlaß gibt. Nachdem bisher der Export die wesentlichste Konjunkturstütze war und für prallgefüllte Auftragsbücher und eine hohe Kapazitätsauslastung sorgte, kommen nun die Investitionen noch besser in Schwung. Alle Voraussetzungen für einen sich selbst tragenden Aufschwung sind gegeben. Hoffnungsfroh stimmt auch die relativ hohe private Ersparnisbildung in liquiden Anlageformen, die auf eine baldige Belebung der Nachfrage nach hochwertigen Konsumgütern schließen läßt. Die guten Absatzerwartungen werden sich auch in Erweiterungsinvestitionen und damit in neuen Arbeitsplätzen niederschlagen. Auch in diesem nach wie vor unbefriedigenden Bereich vertritt die Bundesbank eine durchaus realistische Meinung, wenn sie auf Besserungstendenzen aufmerksam macht und damit den professionellen Schwarzmalern entgegentritt, die aus einem harten Winter Argumente herzuleiten versuchen.



### Buchbesprechung

In UId 40/84 haben wir eine Besprechung des Buches „Politischer Protest und parlamentarische Bewältigung“ veröffentlicht. Leider fehlte die Angabe des Verlages.

Es handelt sich um die NOMOS-Verlagsgesellschaft, Postfach 6 10, Baden-Baden, Tel. (07221) 3441.



## Helmut Kohl: Ausgrenzung von Berlin ist ein schlechter Dienst

Eine Fußball-Europameisterschaft, die Berlin als Austragungsort ausschließt, ist nach Auffassung von Bundeskanzler Helmut Kohl „ein schlechter Dienst an Europa“. Gegenüber der „Welt“ erklärte der Kanzler:

„Die Bundesregierung hat auf die Entscheidung des DFB keinen Einfluß. Wir haben keinen Staatssport, und wir wollen auch keinen. Wir wurden weder gefragt noch informiert. Aber gerade wer wie wir die Unabhängigkeit des Sports und seiner Verbände wünscht, kann auch erwarten, daß ein Sportverband die politische Relevanz seiner Entscheidung erkennt und die nationalen Interessen wahrt. Eine Europameisterschaft, die Berlin und die Berliner ausgrenzt, ist ein schlechter Dienst an Europa. Der DFB sollte deshalb alles versuchen, um Berlin doch noch als Austragungsort in den Spielplan mit einzubeziehen. Sollten diese Bemühungen ohne Erfolg bleiben, sollte der DFB zu einem Verzicht auf ein Spiel in Berlin gezwungen werden, dann täte er gut daran, zu überlegen, ob eine Europameisterschaft diesen Preis wert ist.“

## Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik 1985

Zum vierten Mal schreibt die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands unter der Schirmherrschaft des Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, und des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, Ministerpräsident Franz Josef Strauß, in Zusammenarbeit mit den kommunalpolitischen Landesvereinigungen der CDU und CSU den Bundeswettbewerb „Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik 1985“ aus.

Der Wettbewerb will dazu beitragen, die bürgerschaftliche Selbstverwaltung der Städte, Gemeinden und Kreise in der Bundesrepublik Deutschland zu stärken, indem herausragende Einzelleistungen von Rat, Fraktionen, Bürgerinitiativen, Einzelpersonlichkeiten, Verwaltungen, sonstige Träger und Stellen zur Förderung des Gemeinwesens und des Gemeinsinns ausgezeichnet und damit allen kommunalpolitisch Interessierten beispielhaft zugänglich gemacht werden.

Teilnahmeberechtigt sind: Bürgerinitiativen, Freie Träger, Vereine, sonstige Orga-

nisationen und Einzelpersonlichkeiten, die aus eigenem Antrieb wichtige Leistungen zugunsten der Bürger erbringen, sowie Städte, Gemeinden und Kreise der Bundesrepublik Deutschland. Anträge zur Teilnahme melden die CDU- oder CSU-Fraktionen oder ihre kommunalpolitischen Vereinigungen in den Städten, Gemeinden und Kreisen an die Bundesgeschäftsstelle der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands, Friedrich-Ebert-Allee 73, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1. Tel. (0228) 544-246/7. Anmeldeschluß ist der 31. März 1985.

## Bundesregierung soll sich für von Michaelis einsetzen

Christoph Böhr, der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, kritisierte in Bonn die Verurteilung des Bürgermeisters von Arolsen, Ernst-Hubert von Michaelis, zu sechs Jahren Haft durch das Ostberliner Stadtgericht. Böhr forderte die Bundesregierung auf, sich nachhaltig um eine Auslieferung des hessischen Bürgermeisters an die Bundesrepublik Deutschland zu bemühen. Von Michaelis habe nichts verbrochen, was nach der bundesdeutschen Rechtsprechung strafbar wäre.



## ■ FAMILIENPOLITIK

# Heiner Geißler: Mit dem Erziehungsgeld beginnt ein neues Kapitel

**Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler, hat mit Zustimmung der anderen Ressorts den Entwurf eines Bundeserziehungsgeldgesetzes Ländern und Verbänden zugeleitet. Der Entwurf hat folgenden Inhalt:**

**F**ür die Union ist die Einführung des Erziehungsgeldes schon seit langem eine zentrale Forderung ihrer Familienpolitik. Schon 1974 brachte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag einen **Entwurf eines Gesetzes** über die Gewährung von Erziehungsgeld (**Bundeserziehungsgeldgesetz**) ein. Die Vorbereitungen für diesen Gesetzentwurf sind unter meiner Federführung als rheinland-pfälzischer Sozialminister geleistet worden.

Das Erziehungsgeld soll der Mutter oder dem Vater während des 1. Lebensjahres des Kindes ermöglichen, sich dem Kind ohne zusätzliche Belastung zu widmen. Während dieser Zeit — dies beweisen im übrigen alle sozial-pädiatrischen Untersuchungen — sind Kinder in besonderem Maße auf die ständige Zuwendung der Mutter oder des Vaters angewiesen.

**Das Erziehungsgeld schafft Wahlfreiheit: Mütter oder Väter können sich dadurch leichter für die Betreuung ihres Kindes entscheiden. Es ist eine gezielte Hilfe für junge Familien und Basis für die „neue Partnerschaft“. Mit dem Erziehungsgeld beginnt ein neues Kapitel der Familienpolitik.**

Im einzelnen sieht der Referentenentwurf vor:

1. Das Erziehungsgeld von 600 DM wird ab 1. Januar 1986 für 10 Monate gewährt und ab 1988 auf das volle erste Lebensjahr des Kindes ausgedehnt.
2. Erziehungsgeld erhalten alle **Mütter** oder **Väter**, auch für Adoptiv- oder Stiefkinder, die ihr Kind selbst betreuen und erziehen. Dies gilt auch für Pflegeeltern, die ein Kind in Adoptivpflege genommen haben, sowie Großeltern, die das Sorgerecht für ihr Enkelkind haben. Im Gegensatz zum Mutterschaftsurlaub erhalten **alle** Mütter das Erziehungsgeld, d. h. nicht nur diejenigen, die vorher abhängig erwerbstätig waren; z. B. die Bäuerin, die Handwerkerfrau, die Hausfrau, auch die Arbeiterin, die schon vorher ein Kind bekommen hatte und bei ihm geblieben war und nun ein zweites Kind bekommt, haben dann erstmals Anspruch auf Erziehungsgeld.
3. Das Erziehungsgeld ersetzt das bisherige Mutterschaftsurlaubsgeld, dessen Inhalt für die ersten 6 Monate voll in das Erziehungsgeld integriert worden ist.
4. In den ersten 6 Monaten wird das Erziehungsgeld, so wie bisher beim Mutterschaftsurlaubsgeld, unabhängig von der Höhe des Einkommens gezahlt. Ab dem 7. Monat gilt eine gleitende Einkommensgrenze.
5. Insgesamt werden ab dem 7. Monat ca. 40% das Erziehungsgeld in voller Höhe von 600 DM, ca. weitere 40% entsprechend der gleitenden Einkommensgrenze ein nach der Höhe des Einkommens gestaffeltes Erziehungsgeld erhalten. Ca.



20% werden wegen der Höhe ihres Einkommens kein Erziehungsgeld mehr bekommen. Die Wahlfreiheit zwischen Betreuung des Kindes und Weiterarbeit im Beruf ist bei der Höhe dieses Einkommens nicht in gleicher Weise vom Erziehungsgeld abhängig wie z. B. für die Frau eines Facharbeiters.

**6.** Maßgebend für die Einkommensgrenze ist das verfügbare Einkommen, das bei Arbeitnehmern ungefähr dem Nettoeinkommen entspricht. Die Einkommensgrenze liegt für ein Ehepaar, welches das erste Kind bekommt, bei 29400,— DM netto, brutto sind dies etwa 42000 DM (wenn für Werbungskosten und Sonderausgaben die Pauschbeträge und keine steuerlichen Besonderheiten in Anspruch genommen werden).

Die Einkommensgrenze erhöht sich pro Kind um 4200 DM netto.

Bis zu dieser Einkommensgrenze wird das Erziehungsgeld in voller Höhe von 600 DM gezahlt. Damit erhalten alle Mütter und Väter mit einem Facharbeitereinkommen auch ab dem 7. Monat das volle Erziehungsgeld von 600 DM pro Monat.

**7.** Um einen abrupten Verlust des Erziehungsgeldes bei Überschreitung einer starren Einkommensgrenze zu verhindern, sieht das Gesetz eine gleitende Einkommensgrenze vor, d. h. pro 100 DM Nettoeinkommen, das über der Einkommensgrenze liegt, vermindert sich das Erziehungsgeld um 40 DM. Das Erziehungsgeld läuft bei einem Ehepaar mit einem Kind bei einem Bruttoeinkommen von ca. 67000 DM, d. h. einem Nettoeinkommen von 45900 DM, aus.

**8.** Für **Alleinerziehende** beträgt die Einkommensgrenze 23700 DM netto. Das entspricht ca. 34000 DM brutto. Auch hier erhöht sich die Einkommensgrenze für jedes weitere Kind um 4200 DM.

**9.** Wer vor der Geburt des Kindes in einem Arbeitsverhältnis stand, hat Anspruch auf Erziehungsurlaub. Urlaub für die ganze Zeit erhalten auch diejenigen, die wegen der Höhe ihres Einkommens keinen Anspruch auf Erziehungsgeld nach dem 6. Lebensmonat mehr haben.

**10.** Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub werden mit einer **uneingeschränkten Arbeitsplatzgarantie** verbunden. Der hohe Stellenwert, den diese Arbeitsplatzgarantie vor allem für junge Frauen hat, hat sich bei dem Modellversuch Erziehungsgeld in Niedersachsen deutlich gezeigt. Der Bundesvorstand der CDU hat sich einstimmig für eine Arbeitsplatzgarantie ausgesprochen, wie sie jetzt im Referentenentwurf vorgesehen ist.

**11.** Neben dem Bezug von Erziehungsgeld soll **Teilzeitarbeit** bis zur Hälfte der üblichen Arbeitszeit, höchstens bis zu 20 Stunden pro Woche, zulässig sein. Damit können Mütter oder Väter, die den Kontakt zur Arbeits- und Berufswelt nicht völlig aufgeben wollen, sich gleichzeitig mit Vorrang der Pflege und Erziehung ihres Kindes widmen.

**12.** Das Erziehungsgeld wird auf **Sozialleistungen, wie z. B. Sozialhilfe und Wohngeld, nicht angerechnet**. Es wird also zusätzlich gezahlt. Eine alleinstehende Mutter erhält deshalb während der ersten Lebensjahre ihres Kindes neben der Sozialhilfe von ca. 600 DM das Erziehungsgeld, also insgesamt 1200 DM netto mtl. zuzüglich der Kosten der Miete. Dadurch ist gewährleistet, daß keine Frau deswegen, weil sie ein Kind auf die Welt bringt, in Zukunft in eine soziale Notlage geraten wird.

**13.** Unterhaltsansprüche bleiben durch das Erziehungsgeld unberührt; sie vermindern sich dadurch also nicht.

**14.** Alle diejenigen, die vor der Geburt des Kindes selber in der gesetzlichen **Krankenversicherung** versichert waren,



werden während der Zeit des Erziehungs-geldbezuges **beitragsfrei weiterversi- chert**. Sie behalten damit ihren vollen Krankenversicherungsschutz.

15. Ebenso bleibt der **Schutz der Arbeits- losenversicherung** während der Zeit des Erziehungsgeldbezuges in vollem Umfang aufrechterhalten.

16. Die soziale Sicherung in der Renten- versicherung wird durch die Anerkennung eines **Erziehungsjahres** aufrechterhalten, das nach dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Hinterbliebenenrenten sowie zur Anerkennung von Kindererzie- hungszeiten in der gesetzlichen Renten- versicherung ebenfalls mit Wirkung vom 1. Januar 1986 eingeführt wird.

17. Die Kosten des Erziehungsgeldes werden von ca. 1,5 Milliarden DM im An- laufjahr 1986 bis auf knapp 3 Milliarden DM im Jahr 1989 ansteigen.

18. Das Erziehungsgeld soll ebenso wie das Kindergeld von der Bundesanstalt für Arbeit bzw. von den Besoldungsstellen des öffentlichen Dienstes ausgezahlt werden. Das erleichtert auch die Feststellung des Einkommens, das von diesen Stellen ab dem 2. Kind bereits für das Kindergeld geprüft wird. Die **Verwaltungskosten** werden deshalb **gering** sein. Sie liegen bei 15 bis 20 Millionen DM pro Jahr. Das ist im Verhältnis zum Gesamtaufwand von rd. 3 Mrd. DM und rd. 600 000 Geburten ein außerordentlich niedriger Betrag. Maßgeblich soll das 2 Jahre zurückliegende Einkommen sein. Dieses Einkommen ist leicht aus dem Einkommensteuerbescheid bzw. dem Bescheid für den Lohn- steuerjahresausgleich abzulesen. Vermindert sich jedoch das Einkommen im Bezugsjahr, so kann selbstverständlich dieses niedrigere Einkommen angerechnet werden. Eine entsprechende Regelung haben wir bereits im Bundeskindergeldgesetz. Bei der alleinerziehenden Mutter

bleibt das frühere Einkommen unberück- sichtigt. Sie erhält immer Erziehungsgeld, wenn sie nicht über andere Einkünfte ver- fügt.

Die Einführung des Erziehungsgeldes be- deutet einen **Durchbruch** in der Familien- politik. Erstmals wird die Erziehungslei- stung in der Familie über den allgemeinen Familienlastenausgleich hinaus anerkannt. Das Erziehungsgeld wird unabhängig da- von gezahlt, ob eine Frau erwerbstätig war.

Mit der Einführung des Erziehungsgeldes wird nun endlich das von der SPD ge- schaffene Zweiklassenrecht beim Mutter- schaftsurlaubsgeld überwunden werden. Die Anerkennung der Erziehungsleistung in der jungen Familie wird zusätzlich durch die Anrechnung eines **Erziehungsjahres** pro Kind in der gesetzlichen Rentenversi- cherung unterstrichen.

Das Erziehungsgeld stellt insbesondere für junge Familien eine wirksame und not- wendige Hilfe dar. Für alle jungen Paare bedeutete bisher die Geburt eines Kindes, daß aus zwei Einkommen für zwei Perso- nen nun der Haushalt mit drei Personen aus einem oder aus anderthalb Einkom- men bestritten werden mußte. Hier wird nun für die ersten 10 Monate, ab 1988 für ein ganzes Jahr, die junge Familie wirk- sam entlastet.

Ich fordere **alle Länder** auf,

1. ebenso wie Baden-Württemberg, Ber- lin, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ein Familien- oder Babygeld einzuführen und

2. es wie Baden-Württemberg ab 1. Janu- ar 1986 für das zweite Lebensjahr des Kin- des vorzusehen.

Ich werde mich dafür einsetzen, dies ent- spricht auch dem, was der Bundesvor- stand der CDU beschlossen hat, daß der Zeitraum für das **Erziehungsgeld** in der Zukunft **stufenweise verlängert** wird.



## ■ INFORMATION

### Einfluß der Kirchen auf Jugendliche sinkt

In der Frage des Zusammenlebens vor der Ehe haben die Kirchen kaum noch Einfluß auf die Meinung Jugendlicher. Zu diesem Ergebnis kommt der Abschlußbericht des Forschungsprojekts „Jugend ohne Zukunft?“, das von der Stiftung Volkswagenwerk gefördert wurde und dessen Ergebnisse an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität vorgestellt wurden. So hielten es dem Bericht zufolge bei einer Repräsentativbefragung von rund 2000 Jugendlichen nur 40 Prozent der weiblichen und 63 Prozent der männlichen Befragten für wichtig, daß eine Frau verheiratet sei, wenn sie ein Kind bekomme. Bei einer Untersuchung 1962 hätten noch 90 Prozent diese Auffassung vertreten. Lediglich 14,6 der weiblichen und 9,7 Prozent der männlichen Jugendlichen sprachen sich laut Studie für ein Zusammenleben erst nach der Heirat aus.

### Christdemokraten aus Venezuela in Bonn

Auf Einladung der CDU besuchte eine Delegation der venezolanischen Christdemokraten COPEI unter Leitung ihres Generalsekretärs, Dr. Eduardo Fernandez, vom 20. bis 22. Februar 1985 die Bundesrepublik Deutschland. Die Delegation traf in Bonn zu Gesprächen mit dem Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, und dem Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, zusammen. Das Treffen mit der CDU diente der Pflege der Beziehungen zwischen den beiden Parteien, die schon über Jahrzehnte sehr eng, vor allem auf der Ebene der Christlich Demokratischen Internationale zusammenarbeiteten.

In den Gesprächen wurden die Einschätzungen der Lage in Zentralamerika und der politischen Entwicklung in Brasilien, Argentinien und Chile sowie die Grundlinien der Zusammenarbeit in den kommenden Jahren besprochen. Generalsekretär Fernandez erläuterte die politische Situation in Venezuela und das politische Programm der COPEI.

### Dorothee Wilms: Ansturm auf Lehrstellen beruhigt sich nicht vor 1987

Bundesminister Dorothee Wilms hat in einer Erklärung zur Ausbildungsplatzsituation darauf hingewiesen, daß die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen 1985 wiederum außerordentlich hoch sein wird. Sie hat alle an der Berufsausbildung Beteiligten aufgerufen, die in den vergangenen Jahren gezeigten Initiativen für mehr Ausbildungsplätze auch 1985 fortzuführen.

Auch 1985 werden sehr viele Jugendliche Ausbildungsplätze suchen, voraussichtlich nicht weniger als im vergangenen Jahr: „Wir rechnen mit 745 000 bis 765 000. Auch 1985 sind daher Betriebe, Praxen und Verwaltungen in gleicher Weise gefordert. Mit einem merkbaren Rückgang der Nachfrage rechnen wir erst für 1987.“

### Nürnberg: Bündnis SPD/GRÜNE zerbrochen

Nur rund zehn Monate hat das Bündnis der Sozialdemokraten und der GRÜNEN im Nürnberger Stadtrat gehalten. Die Ende März 1984 beschlossene Zusammenarbeit zerbrach an der geplanten Sperrung der Altstadt-Durchfahrt bei der durch Autoabgase bedrohten Sebalduskirche. Die GRÜNEN hatten eine sofortige Sperrung gefordert und kündigten die Übereinkunft auf, weil die SPD damit wegen Bauarbeiten an einer U-Bahn aus verkehrstechnischen Gründen noch warten wollte.



## ■ GENFER GESPRÄCHE

# Neue Chance für einen umfassenden Ansatz für Rüstungsbegrenzung

**Zu der für den 12. März vorgesehenen Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Rüstungsbegrenzungsverhandlungen gibt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle, folgende Stellungnahme ab:**

Die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Rüstungsbegrenzungsverhandlungen bieten die Chance für einen umfassenden Ansatz zur Rüstungsbegrenzung und zur Stärkung der Stabilität zwischen Ost und West auf einem niedrigeren Waffenniveau. Durch diese Verhandlungen können die den rüstungstechnologischen Entwicklungen innewohnenden Gefahren für Sicherheit und Stabilität entscheidend begrenzt werden. Erwartungen auf schnelle Ergebnisse sind in Anbetracht des Umfangs und der Komplexität der Verhandlungsmaterie allerdings nicht angebracht.

Die bevorstehenden Rüstungsbegrenzungsverhandlungen können nicht losgelöst von den politischen Beziehungen gesehen werden. Deshalb ist es notwendig, daß es in den kommenden Monaten zu einer Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und des Ost-West-Verhältnisses insgesamt kommt. Nur ein konstruktives, vom Willen zum Interessenausgleich und der Bereitschaft zu gegenseitigem Verständnis geprägtes Ost-West-Verhältnis wird bestehendes Mißtrauen abbauen helfen und damit wiederum den Rüstungskontrolldialog entscheidend erleichtern. Zwischen politi-

scher und militärischer Vertrauensbildung besteht eine Wechselwirkung.

Wenn die bevorstehenden Rüstungsbegrenzungsverhandlungen zu greifbaren Ergebnissen führen sollen, dann müssen sie konstruktiv und ergebnisorientiert im Sinne der in Genf vereinbarten Zielsetzung geführt werden:

1. Verhandlungsvorschläge gehören zuerst auf den Verhandlungstisch und nicht zu Propagandazwecken in die Öffentlichkeit, d. h. Vertraulichkeit seriöser Verhandlungen statt auf Emotionen zielende Propagandavorschläge.
2. Moskau sollte sich nicht wieder — wie 1983 — zu einer Fehleinschätzung über die Geschlossenheit und Festigkeit des Bündnisses verleiten lassen. Die Opposition sollte vermeiden, durch falsche Signale unrealistische Einschätzungen zu fördern.
3. Im Vordergrund muß die Abrüstung vorhandener Waffensysteme stehen; sie darf nicht durch die Erörterung von Forschungsvorhaben zu möglichen Zukunftsprojekten blockiert werden.
4. Teilergebnisse, die im Rahmen des in Genf vereinbarten Gesamtkonzepts erzielt werden können, sollten sofort umgesetzt und angewendet werden.
5. Der Westen sollte sich nicht selbst unter falschen Erfolgsdruck setzen. Die Welt braucht nicht ein Stück mehr Papier, sondern ein Stück mehr Sicherheit.

Bei den Genfer Verhandlungen wird es darauf ankommen, die rüstungskontrollpolitischen Vorteile der vereinbarten Verhandlungsstruktur von Gesprächen in drei



Arbeitsgruppen unter einem Dach sinnvoll zu nutzen. Es sollte auf jeden Fall vermieden werden, daß es durch Schwierigkeiten in einer der drei Gruppen zu einer Blockade möglicher Ergebnisse oder Teilergebnisse in den anderen Gruppen kommt.

Der von den Außenministern in Genf vereinbarte „wechselseitige Zusammenhang“ der drei Bereiche sollte weniger im Formalen als vielmehr im Inhaltlichen gesehen werden. Der Vorteil dieser Verhandlungsstruktur liegt darin, daß die Einzelbereiche nicht nur rüstungskontrollpolitisch koordiniert, sondern auch auf das Gesamtkräfteverhältnis abgestimmt werden können. Damit ist die Auswahl an „Tauschobjekten“ für die Verhandlungen größer, was den Verhandlungsprozeß erleichtern könnte. Zum anderen kann durch eine übergreifende Koordination der drei Bereiche auch vermieden werden, daß vereinbarte Begrenzungen in **einem** Bereich durch vertraglich nicht begrenzte rüstungstechnologische Entwicklungen in einem **anderen** Bereich unterhöhlt werden.

Im Bereich der **Mittelstreckensysteme** wird es darauf ankommen, daß Vereinbarungen über eine weitgehende Reduzierung oder die gänzliche Beseitigung der Systeme mittlerer **und** kürzerer Reichweite erzielt werden, also auch die sowjetischen SS-21-, SS-22-, SS-23-Raketen einbezogen werden. Grundlage der westlichen Verhandlungsposition sind die 1983 unterbreiteten INF-Vorschläge und die „Washingtoner Erklärung“ vom Mai 1984.

Bei den Verhandlungen über **strategische Systeme** können die beiden Großmächte an die nach Abschluß der fünften Verhandlungsrunde am 8. Dezember 1983 unterbrochenen START-Gespräche anknüpfen. Neben der Begrenzung und Reduzierung der Offensivsysteme (ICBM, SLBM, Cruise Missiles, Bomber) wird es hier vor allem auch um die Gewährleistung einer gesicherten Zweitschlagsfähigkeit gehen.

In den Verhandlungen der **Weltraumabbeitsgruppe** wird es vor allem darum gehen, die Möglichkeiten einer vorbeugenden Rüstungskontrolle zu nutzen. Hierbei ist zwischen den Antisatellitensystemen und den Raketenabwehrsystemen zu unterscheiden. Maßnahmen zur Begrenzung der Antisatellitensysteme sollten dabei höchste Priorität haben, damit trotz der hier bereits eingetretenen Entwicklungen noch stabilisierende Lösungen erreicht werden können.

Forschungen zu Raketenabwehrsystemen sind nach dem ABM-Vertrag von 1972 erlaubt. Es ist legitim, darüber nachzudenken, ob und welche Möglichkeiten es gibt, die Stabilität durch ein ausgewogenes Verhältnis von offensiven und defensiven Systemen auf niedrigstem Niveau zu stärken. Diese Forschungen sollen eine Antwort darauf geben, ob der Frieden nicht nur durch die Androhung der gegenseitigen Vernichtung gewahrt, sondern durch die gegenseitige Zusicherung eines Schutzes vor Vernichtung sicherer gemacht werden kann. Die Realisierung eines solchen Vorhabens sollte im Sinne der Stabilität kooperativ angegangen werden, d. h. durch die gemeinsame Suche nach einem Raketenabwehrschirm.

Die CDU/CSU-Fraktion wird in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung in einem ständigen Dialog mit unseren Verbündeten darauf achten, daß dabei den westeuropäischen Sicherheitsinteressen besondere Beachtung geschenkt wird. ■

## Post erstattet Gebühren für Afrika-Spenden

Die Post stellt die Gebühren, die sie am „Tag für Afrika“ am 23. Januar für bei ihr eingezahlte Spenden erhoben hat, zur Bekämpfung des Hungers in afrikanischen Ländern den einschlägigen Organisationen zur Verfügung. Der Postverwaltungsrat billigte auf seiner Sitzung einen entsprechenden Vorschlag von Bundespostminister Schwarz-Schilling.



## ■ 30 JAHRE PARISER VERTRÄGE

# Westeuropa formierte sich – ein Anlaß zur Nachdenklichkeit

**Über den 8. Mai 1945 wird zur Zeit viel geschrieben und geredet. Am wenigsten darüber, daß an diesem Tag Europa geteilt wurde. Wer diese Teilung beklagt, hat Grund zur Trauer am 8. Mai. Der 27. Februar bietet hingegen Anlaß zur Freude. Zum 30. Mal jährt sich der Tag, an dem der Deutsche Bundestag nach langer und leidenschaftlicher Debatte mit 314 gegen 157 Stimmen den Pariser Verträgen zugestimmt hat. Aus diesem Anlaß erklärte in Bonn Markus Berger, MdB, der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik der CDU:**

**D**amit wurde die Bundesrepublik Deutschland souveränes Mitglied der Westeuropäischen Union (WEU). Die Vereinigten Staaten sicherten zu, in Europa und besonders in Deutschland angemessene Streitkräfte zur gemeinsamen Sicherheit zu belassen. Großbritannien verpflichtete sich zur Stationierung von vier Heeresdivisionen und einer taktischen Luftflotte auf dem Kontinent. Die Bundesrepublik Deutschland beschwor den prinzipiellen Gewaltverzicht als Grundlage ihrer Außen- und Sicherheitspolitik sowie bei den Problemen der unvollendeten nationalen Einheit. Die Bündnispartner erklärten die Schaffung eines freien und vereinigten Deutschland durch friedliche Mittel und den Abschluß eines zwischen Deutschland und seinen früheren Gegnern frei zu vereinbarenden Friedensvertrages, der Grundlage einer dauerhaften Friedensordnung sein sollte, zu ihrem politischen Ziel. Die Bundesrepublik

Deutschland erhielt das Recht zur eigenen Bewaffnung und wurde Mitglied der NATO. Die im Vertragswerk auf 500 000 Mann oder 12 Divisionen begrenzte Bundeswehr sollte einer integrierten Kommandostruktur der NATO unterstellt werden. Erwähnenswert ist noch, daß das ganze Vertragswerk auf eine britische Initiative zurückging, nachdem ein halbes Jahr zuvor die weitergehenden Pläne für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in der französischen Nationalversammlung gescheitert waren.

Gewiß hat sich in diesen 30 Jahren auch viel verändert, und manche politischen Fragen stellen sich heute anders als damals, zumal die Pariser Verträge durch andere später ergänzt worden sind.

Dennoch sollte uns der 30. Jahrestag der Ratifizierung dieser Verträge Anlaß sein, darüber nachzudenken, ob und wie wir durch eine Belebung der Westeuropäischen Union die Harmonisierung der europäischen Sicherheitsinteressen — sie sind weitgehend identisch — und damit die Festigung der gemeinsamen Sicherheit vorantreiben können. Gewiß brauchen wir auch für die Zukunft den strategischen Rückhalt von jenseits des Atlantiks. Aber Europa könnte durch mehr Kooperation, engere militärische Zusammenarbeit, vor allem bei der Vorverteidigung, aber ebenso in der Logistik, durch eine ökonomische Ausschöpfung seiner Ressourcen sein Eigengewicht verstärken und damit im Weltmaßstab mehr politisches Gewicht gewinnen. Es sind dieselben Fragen wie damals, wenn sie auch unter veränderten Bedingungen beantwortet werden müssen.



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1

## ■ ZITAT

### Raus Handschellen

Erwartungsgemäß hat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau seit gestern ein Gesetz unterschrieben und damit rechtswirksam ausgefertigt, das nach dem Wunsch des Regierungschefs so schnell wie möglich wieder verschwinden soll. Denn diese von Oppositionsführer Worms treffend als „Handschellengesetz“ bezeichnete Bestimmung nimmt dem von der SPD ungeliebten neuen WDR-Intendanten Nowotny eine wichtige Befugnis. Der unabhängige Journalist, dessen Wahl die Sozialdemokraten in den WDR-Gremien vergeblich zu hintertreiben versuchten, obwohl ihr eigener Wunsch- und Parteikandidat bereits verzichtet hatte, reagierte prompt und stellte sich öffentlich gegen den offenkundigen Pressionsversuch. Der Beifall für Nowotny und die fast einhellige Kritik zwangen Rau dann am Rosenmontag zum Rückzug.

Doch den Ausweg, den Rau und seine Berater mitten im Karneval aus der selbstgebauten Zwickmühle fanden, werteten selbst Freunde der Landesregierung als groteske und rechtlich höchst problematische Lösung. Denn Rau griff in seiner Not nicht nach

der Landesverfassung, die ihm ein Einspruchsrecht gegenüber dem Landtag garantiert. Statt dessen vereinbarte er mit dem SPD-Fraktionschef Denzer im Alleingang, das Gesetz erst zu unterschreiben und zu den Iden des März von den willfährigen SPD-Abgeordneten des Landtags wieder rückgängig machen zu lassen. Die SPD-Parlamentarier, die allesamt brav auf Empfehlung ihrer Führung für das Vorschaltgesetz gestimmt hatten, erfuhren so erst durch die Medien, daß sie gefälligst das Gegenteil zu beschließen hätten. Außerdem konnten sie lesen und hören, daß Rau schon immer gegen den Beschluß gewesen sei, und sich ihre Gedanken über die Durchsetzungskraft ihres Spitzenmannes machen.

Trotzdem wird es keinen Aufstand geben, da die Landtagswahl näherrückt. Aber der ebenso umstrittene wie selbstgerechte Denzer wird Mühe haben, seine Truppen zum kollektiven Umfall zu bewegen, zumal der gewichtige Landtagspräsident rechtzeitig gewarnt hatte. Rau, der zu diesem Zeitpunkt eigentlich wahlwirksame Auftritte in Washington absolvieren wollte, kann es passieren, daß ihm für die geplante Retourkutsche die Mehrheit in der SPD fehlt. Dann hätte er sich mit seiner leichtfertigen Unterschrift selbst die Handschellen angelegt.

Rheinische Post, 22. 2. 1985

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 #. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

**UId**